

Hermannstädter Zeitung

vereinigt mit dem

Siebenbürger Boten.

Erscheint
mit Ausnahme des
Sonntags täglich.
Preis für das halbe Jahr
5 fl., das Vierteljahr 2 fl.
50 kr., ein Monat 85 kr.
Mit
Postverfendung:
Im Inland:
halbjährig 7 fl., viertel-
jährig 3 fl. 50 kr. S. W.
Im Ausland:
vierteljährig 4 fl. 50 kr.
Redakteur und Eigen-
thümer
Th. Steinhausen.

Inserate
aller Art werden in der
Steinhausen'schen Buch-
druckerei angenommen; für
Pest bezogen dieselben Leop.
Lang, Intern. Annoncen-
Expeditio, Elisabethplatz
9; für Wien die Annon-
cenbureau: A. Oepplik,
Wollzeile 22, Haasenstein
& Vogler, Neuer Markt 11,
Rudolf Mosse, Seiler-
straße 2; fürs Ausland:
Haasenstein & Vogler in
Berlin, Hamburg, Frank-
furt a. M., Basel und Paris.
Das einmalige Einrichten einer
Zeile in 11 Zeilen Garmenge
kosten 7 kr., das 2. Mal 6 kr.,
das 3. Mal 5 kr., S. W. erd-
ter Sternengebühr 20 kr.

Abonnements-Bureau: In Mediasch bei Joh. Hedrich's Erben; in Schäßburg bei C. J. Haberjans's Buchhandlung (C. K. Erler); in Szasz-Neges bei Herrn J. G. Kinn, Kaufmann; in Broos bei Herrn J. F. Leonhard, Kaufmann; in Mählbach bei Herrn J. Leonhard, Kaufmann; in Maros-Vasarhely bei Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchhändler; in Nikitsch bei Herrn C. Schell, Lehrer; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Zeidner, Buchhändler; wofür die Abonnements-Beiträge franco erbeten werden.

Nr. 76. Hermannstadt, Mittwoch am 29. März. 1871.

Pränumerations-Einladung auf die „Hermannstädter Zeitung“.

Da mit Ende dieses Monats das vierteljährliche Abonnement auf dieses Blatt schließt, erlaubt sich der Besetzte zu fernerer Theilnahme höflichst einzuladen.
Der Abonnementspreis ist, wie bisher:
In loco Mit Postverfendung
2 fl. 50 kr. vom 1. April bis 1. Juli 3 fl. 50 kr.
5 fl. — fr. . . . halbjährig . . . 7 fl. — fr.
7 fl. 50 kr. . . bis Ende Dezember . . 10 fl. 50 kr.
Hermannstadt, 29. März 1871.

Redaktion und Verlag,
Theodor Steinhausen.

Telegramme

„Hermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.“
Madrid, 28. März. In mehreren Städten fanden carlistische und republicanische Kundgebungen statt.
Paris, 27. März. Hier herrscht Ruhe, die Comitékandidaten scheinen durchgedrungen zu sein.
London, 28. März. Blanqui dürfte Präsident der neuen Pariser Regierung werden. Die Versailler Regierung wies das Verlangen der Preußen ab, Paris zu besetzen.
Bukarest, 28. März. Die Kammer wurde aufgelöst, die Stadt ist ruhig.

Politische Uebersicht.

Wien, 26. März.
Das Abgeordnetenhaus votierte vorgestern ohne Debatte die Fortsetzung der Steuern für den Monat April 1. J. Der Referent Dr. v. Berger motivierte die beantragte Steuerbewilligung damit, daß durch die gestern angekündigte Regierungsvorlage über die Erweiterung der Reichsgebührens-Initiative der Landtage das Haus nun binnen Kurzem Gelegenheit finden werde, über die Absichten der Regierung klar zu werden; darum sei vom Ausschusse bloß das praktische, aber nicht das politische Moment der Vorlage in's Auge gefaßt worden.
Unsere innere Politik macht bereits Ferien. Das Abgeordnetenhaus hält zwar noch ein paar Sitzungen, die jedoch eine weitere politische Bedeutung nicht in Anspruch nehmen, und das Herrenhaus versammelt sich gleichfalls noch einmal, um die Steuerbewilligung für den Monat April auch feierlich zu genehmigen, aber es ist schon Ferienzeit und erst am 17. April wird der Reichstag wieder erscheinen. Hoffentlich erhält er dann zugleich die vielbesprochene Vorlage über die Erweiterung der landtäglichen Gerichtsbarkeit, was nicht hindern wird, daß dann noch einmal eine Monatsrate des Budgets für Mai bewilligt wird, da ja auch bis dahin das Budget nicht beide Häuser passiert haben kann. Umsonst weniger, als nach Reichbauers Ankündigung die Opposition bei der Budgetdebatte die Entscheidung gegenüber dem Ministerium herbeiführen will.
Eine Aenderung an der Karte Baierns ist nicht allein durch die Eingufügung des Elsäßer Arrondissements Weisungen beabsichtigt. Aus München wird heute gemeldet: Es sind Verhandlungen im Gange, welche den Austausch der in Unterfranken gelegenen zum Herzogthume Sachsen-Coburg gehörigen Enclaven gegen angrenzendes bairisches Gebiet zum Zweck haben.
Aus Paris kreuzen sich die jüngstigen Nachrichten noch immer mit solchen, die bedrohlicher Natur sind. Aber wie es scheint, dürfte es der Ordnungspartei dennoch gelingen, die Ruhe wieder herzustellen, ohne daß es zu neuem Blutvergießen kommt. Zudem hat die Nationalversammlung den wichtigsten Wünschen der Aufständischen nachgegeben und denselben somit jeden Grund zu weiterem Widerstande benommen. In der Leitung der Aufständischen ist übrigens selbst ein Zwiespalt ausgebrochen. So ist der rabiate Kullier, der vor Kurzem zum Central-Comité zum Commandanten der Nationalgarde ernannt worden war, dieser Stelle wieder entsetzt worden, weil er sich in der Hitze der Diskussion Gewaltthätigkeiten gegen ein Mitglied des Central-Comités erlaubt hatte.
Als ein günstiges Zeichen darf es auch gedeutet werden, daß Napoleon, dem „Oberver“ zufolge, von Chislehurst aus seine Theilnahme an der Bewegung formell demittirt. Das wäre gewiß nicht geschehen, wenn die Pariser Bewegung noch Aussicht hätte, sich noch länger zu behaupten.
Der heute eingetroffene „Bukurester Lloyd“ vom 22. d. enthält einen Artikel, der sich wie eine Vorahnung der einige Stunden nach seinem Erscheinen stattgefundenen Ereignisse des Bukurester Pöbels liest. Das deutsche Organ sucht darin nachzuweisen, daß das Bestehen in Bukurest anständigen Deutschen für Rumänien und seine Bewohner nichts Verleidendes oder Demonstratives habe.
Eine bedenkliche Gährung hat auch auf der pyrenäischen Halbinsel plattgegriffen. Der Madrider „Igualdad“ zufolge hat der neue König von Spanien die Minister zu sich beschieden und denselben sein tiefes Bedauern über die Lösung ausgesprochen, welche ihm nach seiner Thronbesteigung die Stimmung im Lande und das Vorgehen der Parteien bereitere. Nachdem die Minister den Monarchen dringend bitten, von seinem Vorhaben einer Abdication im jetzigen Augenblicke abzusehen, soll der König ihnen erklärt haben, daß er sein Verbleiben nur von einer Volksabstimmung im ganzen Lande abhängig machen werde. Was Portugal anbetrifft, so soll — nach dem „Ungarischen Lloyd“ — die Gesandtschaft dieses Staates in Wien aus Lissabon sehr unangenehme Nachrichten erhalten haben. Das Land soll unaufhaltsam einer Katastrophe entgegengehen.

Rede des Abgeordneten Dr. Zekeli,

in der Sitzung der sächsischen Nationaluniversität vom 20. März anlässlich der Generaldebatte über die Vorlagen des Municipal-Ausschusses. (Nach Baupnern.)
Lobliche Nationaluniversität!
Bevor ich zur Beantwortung einiger Punkte der aus einer sehr lebhaften Phantasie entsprungenen Rede des Herrn Vorredners schreite, erlaube ich mir folgenden Antrag zu stellen:
Die lobliche Nationaluniversität wolle beschließen:
In Erwägung, daß mit den Beschlüssen der sächsischen Nationaluniversität vom 28. Januar und 20. Februar l. J. die Vorstellungen der Hermannstädter Stuhl-Verammlung vom 30. Dezember 1870 und der Leischthaler Stuhl-Verammlung vom 29. Dezember 1870 der Municipal-Commission und zwar Erstere zur Berichterstattung darüber, und Letztere mit dem Auftrage zur entsprechenden Verwertung bei Verfassung des Municipalpalgesentwurfes übergeben worden sind, und in Erwägung, daß die Commission befehlungsgeachtet diese Vorstellungen in den Kreis ihrer Berathung thatsächlich nicht einbezogen, somit auch in dem Berichte davon keine Erwähnung gemacht hat, sei das auf der Tagesordnung stehende Operat der Municipal-Commission zur entsprechenden Ergänzung zurückzuweisen.
Lobliche Nationaluniversität! Diese zwei im Antrage erwähnten Vorstellungen haben in den Sitzungen vom 28. Januar und 20. Februar l. J. bloß eine vorläufige formelle Erledigung erhalten, indem dieselben dem Municipal-Ausschusse zur meritorischen Behandlung und Berichterstattung darüber gelegentlich der Vorlage ihres auszuarbeitenden Entwurfes zum Municipalpalgesetze für den Königboden übergeben wurden.
Da nun der Inhalt dieser Vorstellungen von sehr weittragender Bedeutung ist, indem er sich nicht nur auf organisatorische Fragen, nämlich auf die Regelung eines gleichmäßigen Vertretungs-Verhältnisses der Kreise in der Universität, sondern auch auf wichtige Territorial- und Vermögensfragen bezieht, so denke ich, hätte es die Municipal-Commission wohl der Mühe werth erachten sollen, sich mit diesen Vorstellungen eingehend zu beschäftigen, zumal die Municipal-Commission eine andre als auf die Verfassung des Municipal-Statutes gerichtete Aufgabe nicht hatte, folglich die beiden Kreisvorstellungen auch nur an dieser Stelle ihre meritorische Erledigung finden konnten.
Weiters muß ich den diesbezüglichen Vorgang der Commission als sowohl gegen die den Kreisen Hermannstadt und Leischthal schuldige Achtung verstoßen, als auch die Würde dieser Nationaluniversität verletzend erklären, indem die Commission specielle Aufträge dieser loblichen Nationaluniversität einfach nicht zu befolgen für gut befunden hat.
Ich bitte daher um Annahme meines Antrages.
Ich erlaube mir nunmehr auf einige Punkte der glänzenden Rede des Herrn v. Baupnern überzugehen.
Es hat dem Herrn Vorredner gefallen, die Vorstellung der Hermannstädter Stuhl-Verammlung eine brüste zu nennen. Warum, hat er uns nicht gesagt. In dem Entwurfe, den die Majorität vorgelegt hat, dieselben den Kreisen das Repräsentationsrecht zuerkennen. Soll es nun etwa der Hermannstädter Stuhl-Verammlung genommen werden, welche doch sich selbst als einen Vertretungskörper niedriger Ordnung bezeichnen, und die Entscheidung in der Municipalpalgefrage der Nationaluniversität überläßt? Wie nun Herr v. Baupnern dazu kommt, diese Vorstellung der Hermannstädter Stuhl-Verammlung eine brüste zu nennen, bedauere ich von ihm nicht erfahren zu haben.
Die wichtigsten Fragen ist unstreitig die Feststellung des zukünftigen Wirkungskreises, der Rechtsstellung der Universität — ihr sogenanntes Statutar-Gesetzgebungsrecht.
Herr v. Baupnern meint nun, ein derartiges Recht der Nationaluniversität lasse sich nur bis 1839 nachweisen, indem das Werk Sufkas Severitsch nur bis zu diesem Jahre dahin bezügliche Daten enthalte.
Ich bedauere nun, daß die Kenntnisse des geehrten Vorredners nicht weiter reichen. Ich will denselben Daten an die Hand geben, aus welchen herorgeht, daß die Nationaluniversität bis zum Jahre 1848 zur Statutar-Gesetzgebung vollkommen berechtigt war, und dieselbe thatsächlich ausgeübt hat. Ich will nur einige davon hier anführen.
Im Jahre 1840 zur U. J. 119 beschließt die Universität, daß fortan beide Conflurdeputirte jeden Kreises stimmberichtig sein sollten.
Im Jahre 1843 J. 178. Verhandlung über eine Vorlage von Mediasch zur Hebung der materiellen Interessen des Landbauers, des Handwerks und der Industrie der Walachen.
In demselben Jahre J. 135. Verhandlung über einen Vorschlag Mediasch's wegen besserer Bewirthschaftung der Wälder und betreff sonstiger Forsteinrichtungen in der Nation.
Im Jahre 1843. Antrag von Kronstadt bezüglich der Mittheilung wichtigerer Angelegenheiten der einzelnen Kreise untereinander wird zum Beschluß erhoben und den Kreisen mit dem Auftrage mitgetheilt, alle wichtigen an einzelne Jurisdictionen gelangenden, die Rechte und Freiheiten der Nation berührenden Regierungs-Erlasse zugleich auch der Universität einzuberichten, um mit vereinten Kräften aufzutreten zu können.
1845 J. 241. Statut über Pensionirung der sächsischen Kreisbeamten.
1846 J. 279. Statut über Gewerbeordnung und Zunftwesen.
Es genüge die Hervorhebung dieser Statute.
Es ist nun zwar auch vom Herrn Vorredner, wenn auch indirecte ausgesprochen worden, daß die sächsische Nationaluniversität bis zum Jahre 1848 das Statutar-Gesetzgebungsrecht ausgeübt habe. Nun aber meint Herr v. Baupnern, das Jahr 1848 habe in dieser Beziehung eine derartige

Umänderung bewirkt, daß durch die Besetzung dieses Jahres das Statutar-Gesetzgebungsrecht der Nationaluniversität verloren gegangen sei.

Dieses hat Herr Vorredner nicht bemerkt.
Es ist allerdings richtig, daß durch den 7. Preßburger und den 1. Klausenburger Landtagsartikel von 1848 die Union Siebenbürgens mit Ungarn beschlossen worden.
Was ist aber nun dadurch bestimmt worden?
Ueber die Umänderung der sächsischen Nation ist nur zugesprochen worden, daß die sächsische Nation von da an weiter nicht mehr der siebenbürgische Landtag sei, welchen sie früher ausmachte, sondern daß auch in Landesangelegenheiten das Repräsentativsystem allmählig zur durchgängigen Geltung gelange.
Hier, glaube ich nun, befindet sich Herr v. Baupnern in einem großen Irrthume, wenn er meint, daß dadurch die sächsische Nationaluniversität ipso jure auch des Rechtes ihre Innerangelegenheiten, insofern sie die Gesamtheit der Nation betreffen, nach ihrem Gutdünken zu beraten, verlustig geworden sei.
Das ständische System brachte nichts weiter mit sich, als daß die eine Nation in Fragen und Angelegenheiten aller 3 Nationen auf dem siebenb. Landtage mitberathen und mitbeschließen konnte.
Dieses Recht ist durch die Uniongesetze und durch das Repräsentativ-System natürlich gefallen.
Aber hat denn der Landtag, oder eine der andern Nationen jemals das Recht gehabt, sich in die Innerangelegenheiten der Nationen zu mengen? Nein, niemals!
Der Landtag hat über nichts mehr verfügen können, als über die Landesangelegenheiten.
Dieses Recht hat er dem Reichstage in Pest abgetreten; mehr hat er nicht abtreten können, und mehr konnte der Reichstag nicht erwerben.
Was der siebenb. Landtag bezüglich der Innerangelegenheiten des Sachsenlandes nicht verfügen konnte, kann der Reichstag in Pest auch nicht üben.
Die Nichtigkeit dieses Sages findet sich so klar und deutlich in dem 43. Gesetzartikel von 1868, daß es nach meiner Ansicht einer bedeutenden Geistesanstrengung in Abicht der Interpretation bedarf, um etwas Anders aus demselben zu entnehmen.
Es ist richtig, daß der hohe ungarische Reichstag aus gewissen Gründen, nicht aber, um und bloß eine Concession zu machen, die Anhörung der Universität zugesprochen hat. Wozu wären sonst die §§. 2, 10 und 11 des 43. Gesetzartikels?
Herr v. Baupnern meint, das Leopoldinische Diplom sei durch den 2. Landtagsartikel vom Jahre 1871 als eine lex posterior modificirt worden. Wo ist nun aber eine spätere Gesetzstelle zu finden, welche im Sinne des 2. Landtagsartikels von 1791 das Leopoldinische Diplom alterirt? Ist der 13. Landtagsartikel von 1791 nicht vielmehr eine ausdrückliche Bestätigung desselben?
Ich weise auch noch auf das a. b. Reskript vom 13. April 1798 hin, in welchem es klar und deutlich enthalten ist, daß es der sächsischen Nation frei stehe, über ihre Innerangelegenheiten nach eigenem Ermessen zu beschließen, und daß ihre Beschlüsse nur der Bestätigung der Krone bedürfen. Gibt es eine authentischere Interpretation des 13. Gesetzartikels von 1791? (So ist es.)
Ist nun etwa dieser Artikel durch den 11. §. des 43. Gesetzartikels von 1868 nicht noch ausdrücklich wieder in Kraft erhalten worden? (So ist es.)
Nach dem von Herrn Vorredner gebrauchten Grundsatz lex posterior derogat priori, sollte Herr v. Baupnern darauf Rücksicht genommen haben.
Es ist gesagt worden, daß kein anderes Municipium solche Wohlthaten genieße, als wir, indem kein Comitiat früher um seine Wohlmeinung befragt worden sei, und das und daher eine außerordentliche Concession gemacht worden sei. Ich muß gestehen, ich fasse die Sache ganz anders auf und glaube mit mir auch der hohe Reichstag. Denn ihm wäre es ein Leichtes gewesen, uns nach einer gleichen Schwablone mit den andern Municipien zu behandeln, wenn er nicht die Achtung vor unserm Gesetze gehabt hätte, welche wir haben und welche ich auch wünsche, daß Sie, meine Herren, sie haben möchten.
Ein weiterer Beweis, daß der hohe Reichstag unserer Eigenart auch künftighin durch eine Sonderstellung Rechnung tragen wolle, liegt im §. 88 des 72. Gesetzartikels von 1870, worin bestimmt wird, daß der Königboden nicht wie die siebenb. Comitae, Exzellenzstühle u. c. behandelt werden, sondern eines ganz besondern Municipalgesetzes theilhaftig werden solle. Warum hätte der hohe Reichstag die §§. 10 und 11 des 43. G. A. von 1868 und §. 88 des 72. Artikels von 1870 geschaffen, wenn er nicht von der Nichtigkeit und dem noch gegenwärtigen Bestande unserer Gesetze durchdrungen gewesen wäre?
Wenn man sich nicht von Vornehmheit auf einen unsern Gesetzen feindlichen Standpunkt stellen will, ist es nicht möglich den Sinn des §. 2 des 43. G. A. von 1868 anders als dahin aufzufassen, daß derselbe sich lediglich auf das Gesamtgebiet des Landes Siebenbürgen rüchlich seiner die gesammte Bevölkerung betreffenden Verhältnisse nicht aber auf die municipale Autonomie des Königbodens bezieht. Dieser §. spricht wohl „auch vom siebenbürgischen Gebiete“, und wenn auch nicht gesagt werden will, daß der hohe Reichstag sich der unmittelbaren Gesetzgebung bezüglich des Königbodens enthalten solle, so kann sich dieselbe aber doch nur auf seine geistliche vom siebenbürgischen Landtage übernommene Wirkungskreisse nicht aber auf die der Municipalautonomie des Königbodens vorbehaltenen Innerangelegenheiten erstrecken.
Herr v. Baupnern meint, daß die Nationaluniversität oft auch nachtheilige Beschlüsse für die Kreise gefaßt habe. Ich bestritte es. Inwiefern ist menschlich und ich wünsche nur, daß diese jetzt tagende Nationaluniversität nicht Nachtheiliges für die sächsische Nation beschließen möge.
Ich werde noch auf andere Punkte aus der Rede des Herrn v. Baupnern

... sowie am 1. April abgehalten.
... in Pest, wurde
... an die Stelle
... Nacht, wird aus R. Auer
... in dem unteren
... innerhalb zwei Stunden,
... ein. Die Entstehungs-
... Handlung eines angeblich ir-
... bei welcher das 8. u. 9. u.

Dank.
... der allgemeinen
... „Franziska“
... der Entscheidungsummen
... den innigsten Dank
... 1871.
Im Namen der Abgeordneten,
das Oratorium.
am 27. März 1871.
... 79. 75
... 75. 75
... 74. 25
... 53. 50
... 192. 75
... 5. 85
... 9. 95

Musikverein.
am 30. März, Abends 6 Uhr,
... Schülerrinnen
... des Palais, 2. Hof,
... Schülerrinnen für den nächsten
... den 3. April, von 5 Uhr
... Vereines, Frn. H. Bönicke,
... entgegenzunehmen. 1-3

Wollspinner-Eier.
... des Geftertigen an Grains
... sind noch mehrere Tausende
... abzugeben, doch müßten die
... bis 15. April bei demselben
... Besant wegen Zunahme der
... Scheint.
Kronstadt.
J. Pichler.

von beliebten
SEN
... atenzahlung
... Ziehungen
... 15. Mai, 1. u. 15. Juni.
... der ersten Rate und wäh-
... spielt man
... auf alle Treffer
... uren Lose und erhält diese ju-
... ungen des Watenbüchtes ausgefolgt.
... daher schon während
... den Besitz von Ori-
... Gruppe:
... April.
... 1. Mai.
... April.
... 1. Juli.
... Gruppe:
... Türken-Los, Zieh. 1. April.
... 15. April.
... Ziehung 15. Mai.
... 1. Juni.
... 1. Juli.
... Gruppe:
... 1. Juni.
... 15. April.
... April.
... spielt man
... ungen auf Haupttreffer von
... Million.
... Gruppen verlaufe ich
... von nur fl. 10 und
... 10.
... 1. per Gruppe 2 fl. 55 kr.
... existirenden Lose wer-
... als auch in beliebig zu-
... vven auf Waten billigt
Ed. Fürst,
Stefansplatz. 7-8

zurückkommen und schreibe mich bezüglich der materiellen Frage des auf der Tagesordnung stehenden Gegenstandes dem Minoritätsvotum an.

Aus dem ungarischen Reichstage.

Pešť, 22. März. Präsident Somfisch eröffnet die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses um 9 Uhr.

Auf den Ministerpräsidenten Lóth. Stephan Baloócz richtet folgende Interpellation an den Finanzminister: 1. Ist die von europäischen Zeitungen mitgetheilte Nachricht wahr, daß der gegenwärtige Staatshaushalt, Baron von Rauch, in mehreren Punkten eine Summe von zusammen 91.600 fl. hat ausgesetzt erhalten, über welche er nachträglich keine Rechnung legen muß, daß aber die Rechnungslegung bis nun nicht erfolgt ist? 2. Wann diese Nachricht wahr ist, kann der Minister die Gründe angeben, aus welchen die Rechnungslegung unterblieben ist, und gebietet er die nöthigen Schritte zu thun, damit die etwaigen Forderungen des Staates durch das Mobil- und Immobilienvermögen des Baron Rauch sichergestellt werden? Die Interpellation wird dem Finanzminister zugewiesen.

Das Haus gibt zur Tagesordnung über, auf welcher zunächst die dritte Lesung der gestern angenommenen Gesetzesentwürfe steht. Die Gesetzesentwürfe über die Staatsverträge mit Italien, Frankreich und Schweden-Norwegen, über die Verneuerung der königlichen Tafel und über den Nachtraggesetz für das 1870er Finanzverwaltungsvorlesung werden zum dritten Male gelesen, definitiv angenommen, und ihre Uebersetzung ans Oberhaus angeordnet.

Folgt die Fortsetzung der General-Debatte über den Gemeinde-Gesetzentwurf.

Zuletzt Schwarcz fügt seiner gestern abgebrochenen Rede noch einige Argumente gegen die Verfassungs- und die Verwaltungs-Gesetze hinzu und schließt mit der Erklärung, daß er das Minoritäts-Votum annimmt.

Alexander Nchrebefsky: Baron Ludwig Simonpi hat gestern gemahnt, die Abgeordneten würden so selten und so wenig als möglich sprechen. Wenn die Opposition selbst sich immer an diesen Grundsatz gehalten hätte, so wäre das Land heute schon im Besitze mancher organisirter Gesetze, deren es gegenwärtig so wenig entbehren muß. Baron L. Simonpi hat gestern behauptet, die Sectionen haben den Gemeinde-Gesetzentwurf ungenutzt gelassen, daß nicht ein Stein auf dem andern bliebe. Das ist ungenau. Vor Allem haben acht Sectionen nur sehr wenig geändert: bloß die dritte Section hat eingehendere Modificationen vorgenommen. Der Gesetzesentwurf wurde zwar verbessert, das Gebährde wurde vermindert, alle in die Grundlagen blieben unverändert. Redner bezeichnet einige Hauptschwächen, welche sich der Gemeinde-Organisation entgegenstellen.

Bei uns gab es vor Allem kein Gemeindefeind, Ursache davon waren die feudalen Verhältnisse vor 1848. 1836, als viele europäische Staaten bereits ein sehr entwickeltes Gemeindefeind und Gemeindefeinde hatten, traf bei uns ein primitives Gemeindefeind und einige wenige Verfügungen. Eine weitere Schwierigkeit lag darin, daß wir kein Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Staatsbürgerrechte besaßen. Die dritte Section hat ein großes Verdienst erworben, als sie mindestens die Modalität der Erwerbung des Gemeindefeindrechts (Geburt, Ehe u. s. w.) feststellte. Ein bedeutendes Verdienst des Gesetzesentwurfes ist, daß der Wirkungsbereich des Gemeindefeindes nicht festgesetzt ist.

Die diebzehnjährigen Bestimmungen sind allgemein gehalten, weil die verschiedenen Culturverhältnisse in den verschiedenen Theilen des Landes ohnehin eine Einschränkung hier nicht zulassen, und man hat es bei Jurisdictionen anhängig, diesen Wirkungsbereich in Statuten festzustellen. Doch hofft Redner, daß der Minister des Innern so weit thutlich für Gleichförmigkeit und Einheitlichkeit der Verwaltung sorgen.

Lothaus Sombá ist der Ansicht, daß dieser Gesetzesentwurf, wenn er durchgeführt wird, aus dem Lande einen Polizeistaat machen muß, in dem es weder individuelle Freiheit noch Autonomie gibt. Er nimmt deshalb den Minoritätsvotum an.

Vincenz Lattinovicz stellt den Zustand der Landbevölkerung vor der Befreiung der Höligen von ihren Gutsherren dar. Die Befreiung des Bauernstandes wird nur durch eine gute Kommunalverfassung verwirklicht. Redner hält den vorliegenden Gesetzesentwurf für einen guten; er hält ihn für geeignet, die Selbstständigkeit der Gemeinden zu sichern und er bekennt nicht, wie die Opposition, welche für die liberalen Ideen kämpft, es wünschen kann, daß die Gemeinde unfrei, daß sie der Jurisdiction, daß sie dem Selbstrichter untergeordnet werde. Sie müßte offenbar mit zweierlei Maß; die Jurisdiction will sie frei und unabhängig wissen, die Gemeinde aber soll von der Jurisdiction befreit werden!

Alexander Subody wendet sich gegen die Verfassungen. Man sagt: Wer die weissen Steuern zahlt, bietet die weissen Garantien der Ländlichkeit. Was würde aber die Rechte sagen, wenn Jemand den Beschlußantrag einbrächte: In Anbetracht, daß die Minister bisher ihrer Aufgabe nicht entprochen haben, werde Se. Majestät gebeten, in Zukunft das Ministerium zur Hälfte aus den Reichsbeamten des Landes zu bilden! (Gelächter.)

Graf Ferdinand Zichy: Die Meinungsverschiedenheit zwischen der Rechten und Linken hinsichtlich des Gemeindegesetzes bezieht sich auf drei Punkte: erstens darauf, ob die Gemeindevertretung eine rein persönliche oder ob sie zum Theil eine Interessenvertretung sein soll, zweitens auf das präventive und drittens auf das politische Verhältnis. Was den ersten Punkt betrifft, so ist hier zu bemerken, daß in der praktischen Politik die Prinzipien nicht mit theoretischer Schärfe hingestellt und aufrechterhalten werden können. Hier handelte es sich nicht um das politische Prinzip der Repräsentation, sondern um die Verwaltung der Gemeinde; und schließlich, wie groß auch die Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der persönlichen oder Interessenvertretung sein mag, wenn man der Opposition die Frage vorlegt, ob sie lieber gar kein Gemeindegesetz oder ein Gemeindegesetz mit dem Prinzip der theilweisen Interessenvertretung will, so wird sie ohne Zweifel die Dringlichkeit der Gemeindeordnung einsehen und lieber das nach ihrer Ansicht schlechtere Gemeindegesetz wählen. Und was die anderen Punkte, das Verhältnis zum Reichshofe und zur politischen höheren Instanz betrifft, so handelt es sich hier nur um ein „Wie viel?“ Denn der Gesetzesentwurf und die Opposition leugnen einerseits nicht die Kompetenz des Reichshofes und andererseits nicht die Kompetenz der politischen höheren Instanz, der Unterschied ist nur im Maß dieser Kompetenz begründet. Also ein prinzipieller Unterschied ist auch hier nicht vorhanden.

Koloman Tizá bringt folgenden Antrag ein:

„In Anbetracht, daß nach § 4 des Gemeindegesetzes der Kompetenz der Gemeinde sich auf alles Vermögen und alle Personen erstreckt, die sich innerhalb ihres Territoriums befinden; in Anbetracht, daß die Gemeinde diesen Einfluß nur so mit Nutzen zur Geltung bringen kann, wenn unter sämtlichen Gemeindegliedern die Gleichheit herrscht; in Anbetracht, daß diese Gleichheit nur nach der Abschaffung der Reste der Feudalverhältnisse hergestellt werden kann, beantrage ich:

Das Haus wolle bei der Verhandlung des Gemeindegesetzes gleichzeitig aussprechen, daß dieses Gesetz erst dann in's Leben treten soll, wenn auch die Urbanitätsgesetze vollzogen sind.“

Minister des Innern Wilhelm Lóth: Beim Schaffen des Gemeindegesetzes müßte man den vorhandenen Factoren Rechnung tragen. In Ungarn herrscht nicht nur zwischen Handelsstädten und Dörfern, sondern auch zwischen Stadt und Stadt, zwischen Dorf und Dorf die größte Verschiedenheit, es war daher ungemein schwer, für diese völlig verschiedenen Verhältnisse eine gleiche Norm zu schaffen.

Hier handelte es sich nicht, wie Ernst Simonpi sagte, um eine Ver-

breiterung alter Gesetze, sondern um ein völlig neues Gesetz, um die Einführung einer ganz neuen Institution: der Gemeinde-Autonomie. Früher war die Gemeinde-Autonomie bei uns mit diesen zwei Worten zu definieren: „Staatliche Nachvollkommenheit.“ Dieses Gesetz gibt den Gemeinden Selbstständigkeit. Wohl werden die kleinen Gemeinden der an sie gestellten Anforderung nicht entsprechen, die ihnen auferlegten Pflichten nicht erfüllen, die ihnen eingeräumten Rechte nicht genießen können; allein besser, einige Gemeinden kommen der Pflicht nicht nach, als daß alle in Unfreiheit und Bevormundung verharren. Wenn man den Gesetzesentwurf durchliest, so sieht man, daß die Regierung hauptsächlich in den Städten die Autonomie entwickeln, das bürgerliche Element kräftigen will, um so eine feste Stütze der constitutionellen Entwicklung zu gewinnen. Man hat sich hauptsächlich gegen die Verfassungen gewendet. Allein die Verfassungen sind ja, wie schon Graf Zichy sehr richtig bemerkt hat, kein politisches Recht; hier handelt es sich rein um die Verwaltung des Gemeindefeindes! Es ist übrigens unethisch, darüber zu sprechen, da alle Argumente, die sich für und gegen die Verfassungen aufbringen lassen, in der Jurisdictional-Debatte ausgesprochen wurden und eine Wiederholung keine Zeitverschwendung wäre.

Bei uns gibt es keine Verwaltungs-Gesetze. Man könnte sich also nur an die einzelnen Entscheidungen der Richter halten; nun gut, so treten an die Stelle der richterlichen die ministerielle Entscheidung, die immerhin zuverlässiger sein dürfte, da der Richter nur seinem Gewissen Rechenschaft schuldet, während der Minister dem Reichstage für jeden Befehl und jede Verordnungsverantwortlich ist. Was den Antrag Tizá's betrifft, so bezieht sich derselbe nicht auf das Wesen des Gesetzesentwurfes, er wäre also erst nach Erledigung des letzteren zu verhandeln. Und nun erübrigt nichts, als daß Redner das Haus um die Annahme des Gesetzesentwurfes zur Grundlage der Specialdebatte bitte.

Bei uns gibt es keine Verwaltungs-Gesetze. Man könnte sich also nur an die einzelnen Entscheidungen der Richter halten; nun gut, so treten an die Stelle der richterlichen die ministerielle Entscheidung, die immerhin zuverlässiger sein dürfte, da der Richter nur seinem Gewissen Rechenschaft schuldet, während der Minister dem Reichstage für jeden Befehl und jede Verordnungsverantwortlich ist. Was den Antrag Tizá's betrifft, so bezieht sich derselbe nicht auf das Wesen des Gesetzesentwurfes, er wäre also erst nach Erledigung des letzteren zu verhandeln. Und nun erübrigt nichts, als daß Redner das Haus um die Annahme des Gesetzesentwurfes zur Grundlage der Specialdebatte bitte.

Moriz Brennerberg hofft, der Gesetzesentwurf werde in der Specialdebatte in der Weise modificirt werden, daß auch die Majorität der Sachkenner mit demselben einverstanden sein werde, nimmt ihn daher zum Gegenstande der Specialdebatte an.

Alexander Szánády erklärt auch in diesem Gesetzesentwurf einen Ausfluß der gemeinsamen Verhältnisse, es werden die Freiheit und die Selbstständigkeit der Nation dadurch vernichtet, er kann ihn daher schlechthin nicht annehmen.

Eduard Horn spricht gegen die Verfassungen und die Justiz-Administration, nimmt den Gesetzesentwurf zum Gegenstande der Specialdebatte in der Erwartung an, er werde im Sinne des Minoritäts-Gutachtens modificirt werden.

Gustav Rapp (für den Gesetzesentwurf) befreit, daß Jemand im Hause das Recht habe, im Namen der Sachkenner zu sprechen. Darauf nimmt Brennerberg zur persönlichen Bemerkung das Wort, er habe nicht im Namen der Sachkenner gesprochen, sondern bloß die Hoffnung ausgedrückt, daß die Majorität mit ihm übereinstimmen werde.

Bei der Abstimmung nimmt das Haus den Gesetzesentwurf fast einstimmig (mit Ausnahme eines Theiles der äußersten Linken) zur Grundlage der Specialdebatte an.

Schluß der Sitzung um 2 Uhr. Nächste Sitzung: Morgen Vormittags.

Aus dem österreichischen Reichsrathe.

Wien, 23. März. (Unterhaus.) [Schluß aus Nr. 74.] Abg. Dr. Herbst beantragt, Bezug nehmend auf S. 60 der Geschäftsordnung, sofort an diese Interpellation eine Debatte zu knüpfen.

Das Haus stimmt diesem Antrage einstimmig zu. Abg. Dr. Herbst meldet sich hierauf zum Wort. Die Unklarheit der Verhältnisse sei der eigentliche Beweggrund der gestellten Interpellation gewesen. Die Nothwendigkeit und Berechtigung der constitutionellen Methode sei selbst von gegnerischer Seite anerkannt worden; diese Methode aber nicht in einer bloßen Andeutung des beabsichtigten Endzweckes, sondern in unverdoppelter Darlegung der Wege und Mittel, dieses Ziel zu erreichen.

Allerdings seien bezüglich solcher Wege von Sr. Excellenz dem Präsidenten des Reichsrathes bestimmte Daten hervorgehoben worden. Es waren dies die Wiederberufung des Reichsrathes, die Ergänzungswahlen in Böhmen und die Verlegung des Präsidentenstuhles des Herrenhauses. Sie alle können aber eigentlich nur auf die eine Thatsache der Wiederberufung des Reichsrathes zurückgeführt werden. Letztere aber sei ein Populär der Nothwendigkeit gewesen. Es handelte sich ja um eine hochwichtige Creditoperation: die Bewilligung der Steuern. Seither habe der Herr Präsident des Reichsrathes einige Interpellationen beantwortet, welche allerdings des Vornehmens werthen gar viel bösen.

Eine der bedeutsamsten war jene betreffend die Friedens- und Steuer-Gesetze, über deren Angemessenheit man allerdings eher verchiedener Meinung sein könne als über deren Glaubwürdigkeit. Dem Herrn Minister ersucht er zweckmäßig, sich nicht nur auf den politischen Standpunkt zu stellen, über dessen Zweckmäßigkeit man rechten könne; er hat auch das politische Moment beachtet und dazu seine Nothwendigkeit vorhanden gewesen; das müsse jedenfalls auffällig erscheinen, zumal eine Neutralität nach einem beendigten Kriege keinen rechten Sinn habe.

Weiter war der Wunsch, daß eine Interpretation der Depesche des Herrn Reichskanzlers versucht wurde, um so auffälliger, als dieselbe in einem ungewöhnlich freundlichen, ungeschwommenen Tone abgefaßt war und, wie verlautet, auch Sr. Majestät in allerjüngster Zeit der freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland einen concreten Ausdruck gegeben haben soll.

Das gegenwärtige Ministerium habe verkündigt, daß es bei seinem Antritte über ein vollständiges, alle Einzelheiten umfassendes Programm schlüssig geworden sei; müßte man es da nicht natürlich finden, daß es sofort mit diesen Vorlagen hervortreten werde? Allein schon am 20. Februar erfolgte eine Modification dieser Verheißung; man erklärte, nicht wohl in der Lage zu sein, die Vorlagen sofort einzubringen, weil eine sorgfältige Erwägung darüber einzutreten hätte, ob diese Vorlagen geeignet seien, das allgemeine Wohl zu fördern.

Nunmehr erwiderte der Herr Ministerpräsident, auf die Interpellation vom 17. März Bezug nehmend, daß vorwiegend auf eine der in Aussicht gestellten Vorlagen, die Erweiterung der Gesetzgebungs-Initiative der Landtage, Bezug genommen worden sein dürfte und daß diese Vorlage sogleich nach Oötern im Hause eingebracht werden würde. Diese Vermuthung sei nicht ganz zutreffend; die Interpellation war eine ganz allgemeine und es wäre übrigens weit mehr die zweite Vorlage (Regelung der kirchlichen Beziehungen), welche auf die Absichten des Ministeriums einen sicheren Schluß gestatten würde. Wenn nun zugegeben werden müßte, daß über die Intentionen des Ministeriums nicht volle Klarheit herrschen könne, so sei eine Erscheinung, jene der Colportierung so manigfacher Sensationenschriften, eine ethische. Es werde leider alles Mögliche veröffentlicht, alles Mögliche geglaubt; aber diese Thatsache erlaube sich eben dadurch, daß eine vollständige Unklarheit und Unruhe in den Gemüthern herrsche, welche nothwendig Maßnahmen erwecken müssen. Ueberdies müßte es auffallen, daß sich die Spitze solcher Emancipationen stets gegen die Verfassungskörper lehre, so daß die Annahme einige Berechtigung in sich selbst habe, das was das Ministerium beabsichtige, sei diametral entgegengesetzt zu dem, was man von ihm zu erwarten berechtigt ist.

Zu weiteren Verläufe seiner Ausführungen bietet der Redner eine Charakteristik der Verfassungen der österreichischen Verfassungskörper, deren staatsrechtliche und rechtliche Intentionen er beleuchtet. Es folgte, führte er aus, eigentlich gar keine besondere Verfassungskörper geben, da

die Verfassung das unantastbare allgemein anerkannte Gesetz sein solle, wenn und wo es aber doch eine Verfassungskörper gebe, sei sie die vorzugswürdige, ja allein berechtigte. Unser Verfassung habe zwei Theile, einen staatsrechtlichen und einen rechtlichen; die Säule der Staats- einbeit und der Staatsgewalt liege im Zuge der Zeit, wie das Beispiel der Nachbarstaaten zeige; könne der Staat eine stetige Lebenskraft und Concentration nicht auf rechtlichem Wege erlangen, so werde er sie auf absolutistischem Wege suchen. Die Gegner der Verfassung seien also entweder Vorläufer des Absolutismus oder Feinde des Staates, die Freunde der Verfassung aber zugleich die Freunde des Staates, die Hüter des österreichischen Gedankens, die pflichtgetreuen Mannen von Kaiser und Reich.

Baron Voché hält hierauf eine lange, aber bei der Unruhe des Hauses und der Galerie auf dieser unverständliche Rede.

Graf Kraut beginnt mit einem vielleicht ernst gemeinten Compliment für Herbst und einem ungewissen, ironischen Compliment für Voché. Er will nur einen Gedanken Ausdruck geben. Das Ministerium habe nur eine Verlage versprochen, die über die den Landtagen zu gewöhnliche erweiterte Gesetzgebungs-Initiative; sie habe aber keine Andeutung gemacht über das höchst notwendige Concurrenz dieser Andeutung, nämlich über die Stärkung der Autorität des Reichsrathes. Redner spricht nun über Centralismus und Autonomismus, bedauert, daß sie zu Schlagworten mit wechselndem Inhalt geworden seien. Die europäische Lage empfinde Zusammenfassung der Staatskraft. Auch das zurückgetretene Ministerium habe der Länder-Autonomie Zugeständnisse machen wollen, mehr als bekannt sei; dabei sei aber Wahrheit der Einheit des Reiches ihr leitender Grundgedanke gewesen. Oösterreich widmete dann noch dem Ministerium Potoki und seiner politischen Redlichkeit einen elegischen Nachruf und verlangte zuletzt die Reichswahlen.

Herr Kroll hält hierauf noch dem Concept eine Rede im Namen von „uns einseitigen Leuten vom Lande“. Wir einseitigen Leute vom Lande glauben, daß es mit dem Constitutionalismus ernst sei, daß das neue Ministerium sich also die bekannten Adressen des Reichsrathes zur Richtschnur nehmen werde, daß das rechtliche Staatsrecht definitiv befestigt sei. Aber da nichts von alledem geschah, so ist unser Aberglaube an den Ernst des Constitutionalismus jetzt arg erschüttert. Nun folgte eine Verherrlichung der deutschen Nationalität, die dem Redner und seinen Genossen noch höher stehe als die Verfassung, und eine Kriegserklärung namens der Deutschen in Böhmen gegen den „österreichischen Landtag“. Wir zwei Millionen Deutschböhmen wollen keinem österr. Landtag unterworfen sein, wir suchen seit Jahrhunderten unsere Gesetzgebung in Wien; wir anerkennen den Kaiser von Oösterreich, wollen aber mit einer böhmischen Krone nicht zu thun haben“ etc. etc.

Freiherr v. Kaiser will aus Gerechtigkeitsliebe den erklärten Absichten des Ministeriums, an der Verfassung festhalten und den bestehenden Gesetzen Achtung verschaffen zu wollen — obgleich das gerade kein Verdienst für eine Regierung sei — so lange Schanden schenken, als er vom Gegenstande nicht überzeugt ist. Die Herstellung des inneren Friedens wünschst Jedermann, aber die Wege, ihn zu erlangen, gehen aber die Meinungen auseinander. Nach der Ansicht des Redners ist aber darüber zu debattieren, wenn die Regierung einen Weg, den sie einschlagen will, angezeigt, d. h. ihre Vorlagen gemacht hat. Was Dr. Herbst zum Lobe der Verfassung und der Verfassungskörper sagte, ist Herr v. Kaiser aus der Seele gesprochen und er fühlt sich gedrungen, ihm dafür und für die Interpellation öffentlich zu danken.

Grocholtski erklärt, seine Partei sei auch verfassungstreu, sie erkenne die Verfassung als Rechtsboden an. Verfassung sei aber nicht bloß das Februarparlament, bezüglich die December-Gesetze, Verfassung seien auch die Landesordnungen und Landesrechte. Im Abgeordnetenbunde gebe es gegenwärtig, wenn man von einigen Abgeordneten aus Tirol und Vorarlberg absehen wolle, nur nationale und nicht politische Parteien, und es werde keinen Frieden geben, bis die Nationalitätsfragen aus dem Reichsrath entfernt und ihre Austragung in die Landtage verlegt sei. Nationale Parteien seien ziemlich constant; politische Parteien können unter Umständen leicht aus Minoritäten Majoritäten werden; für nationale Minoritäten sei das nicht möglich und darum schließen eben die nationalen Minoritäten auch in politischen Fragen Bündnisse gegen die nationale Majorität. Absolute Gleichberechtigung der Nationalitäten auf demselben Territorium sei eigentlich nicht möglich und es gebe in Oösterreich vielleicht nur zwei gleichberechtigte, aber räumlich getrennte Nationalitäten, die Deutschen und die Magyaren, und auch da seien die Deutschen noch im Vortheil, die Armeesprache sei deutsch, die Ministerien amtierend deutsch etc. etc. Beweise Vorzügen werden die Deutschen ihrer Stellung und Geschichte nach in Oösterreich immer haben und haben müssen, aber sie sollen nicht über die anderen Nationalitäten herrschen wollen.

Redner acceptirt beides die von Grocholtski verführte Verfassungstreu der Rechten und erwartet daher ihre Bundesgenossenschaft in allen nicht nationalen Fragen. Mit der Antwort des Grafen Bodenwart ist er ganz und gar nicht zufrieden. In constitutionellen Staaten kann eine Regierung nur Hand in Hand mit der Volkvertretung gehen; die österreichische Volkvertretung, der Reichsrath, hat aber ihre Ansichten sattsam in ihren Adressen ausgesprochen.

Der Redner bestätigt die versprochene Erweiterung der Initiative der Landtage; er sieht darin nur den Krieg mit dem Reichsrath voraus. Es sei das Interesse und die Pflicht der Regierung, offen Farbe zu bekennen; ihr Vorhaben in Sachen der Schulgesetz, der Verhandlungen mit Feind in der Verfassung seien aber verächtlich; es heiße da: Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist. Recuten- und Steuererweiterung, allerdings sehr gefährliche Waffen, seien die Mittel, um sich Klarheit über die Absichten der Regierung zu erzwingen; das Haus möge sich dieselben nicht entwinden lassen; offenes Visir: Entgegenkommen der Regierung, oder offener Kampf.

Chlumetzky behauptet Grocholtski gegenüber, daß die nationalen Minoritäten der einzelnen Länder Schutz in der Centralvertretung finden müssen, sonst wären in Galizien die Ruthenen, in Böhmen und Mähren die Deutschen, in Steiermark die Slaven im Nachtheil. Der Centralvertretung Befugnisse zu entziehen, um die der Landtage zu verneinen, sei daher gefährlich.

Redner verwahrt sich gegen Grocholtski's Behauptung, daß sich im Abgeordnetenbunde nationale und nicht politische Parteien gegenüberstehen. Redner selber stehe nicht auf nationalem, sondern auf dem liberalen Standpunkte. Das Nationalitätsgefühl sollte überhaupt nicht auf das politische Gebiet hinübergetragen werden.

Baron Chr. Röß polemisiert gegen die Deutschböhmen, die sich in der Debatte wieder breit gemacht. Den 7 Millionen Deutschen in Oösterreich stehen 13 Millionen Slaven gegenüber, wohl nicht in nationaler Einheit, aber einzig in der Unzufriedenheit darüber, daß man aus dem October einen Februar gemacht. Diese Unzufriedenheit habe sich gerächt und räche sich noch immer. Die Steuererweiterung, mit der man drohe, werde ein Schlag ins Wasser sein; die Länder werden doch die Steuern bezahlen.

Hiermit wurde die Debatte geschlossen. Dann ergriff noch Graf Söhenwart das Wort, um einzelnen Rednern zu repliciren.

Schluß der Sitzung um 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung morgen um 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen, nämlich zweite und dritte Lesungen, Petitionsberichte etc.

Juland.

Wien, 26. März. Sicherem Vernehmen nach ist Johann Graf Karisch-Rösch zum k. t. Oberhofmarschall ernannt worden.

Wien, 27. März. Die „Montagsrevue“ meldet aus Bukurest, daß

man daselbst es wird der Kueb

Crax, mehreren Reiof

stempels, der 2 portage, freies

Laiba Abendunterhalte wurde von de

Aufregung.

Prag, ratshabgeordnete

deutschen Inter aus der Unter

weiß und zur für Geirung e

Kraka Jubentrawall; mehrere Verwu

Verlin

Palais in Abie prinzen zur Lo

Verlin heute zur Ver

fractionen verif unterworfen, w

aussprechen, w morgen im Die

den Entwurf, n nehmen werde.

Paris, gestern Abends

Antrages Arma nisse zu erziele

nicht vorlegen, entgegensprechend

Hiesig hie Versammlung be

Interesse zu erf

Verstehen sich

auf heute verich

Paris ist und Maire's vor

aus worgen zu

eines Conflictes

In Verfall

Paris, 2

Befehl stehenden

jedem stehenden

istellen, wachien je

stehenden Detail

Nachmittag

jemen's zwifchen

gung erzielt und

sertrag und die

Sonntag festge

Dann tauchten

Eine neue

von idämmlichen

In dem Augenbi

den haben, müße

Paris, 2

habe die größte

tanischen bis zur

Schieden fortde

St. Etier

Auffschreiben des

den Obersten der

Seit heute früh

wieder von den

Lille, 25

aus der allgem

gebenen Bestan

Mafregeln zur

Frankreich vor de

glückes bewahren

Das Depar

Lyons, 2

Rufstade gedau

sich gefirren hat

Lyons, 23

tung ter Republik

überall. Nirgend

Belgrad

lieben Gorte, de

nicht aber eine

handelt werden

Regierung wird

Dukur

aus Oötern de

Generalconsul v.

ischen Regierung

sondern die Soche

London,

Mittheilung zu,

Er Kaisers Napol

tung bewahren un

sich nur öffentlic

Karlshur

vorlesung für Erw

vertheilungsfreie

überhaupt der Unt

werde gekannt wer

schick gewiesen, daß

zünftig sich äufe

etwa 48 einget

die übrigen erzie

den Vorträgen oft

Gestern verif

Häuser geschick

diesjährigen Vorles

Reis und Normal

höher des Russ

erfahrene Reich sein sollte, er gebe, sei die die vorz...

man daselbst einer neuen Militärevolte auf die Spur gekommen sei; es wird der Ausbruch hienächst erwartet.

Paris, 26. März. Die geistige Volksversammlung verlangte in mehreren Resolutionen vollkommene Pressefreiheit, Aufhebung des Zeitungss...

Berlin, 25. März. Graf Bismarck wurde heute im kaiserlichen Palais in Abschiedsaudienz empfangen; derselbe war darauf beim Kronprinzen zur Tafel geladen.

Berlin, 26. März. Die Adress-Deputation des Reichstages trat heute zur Beratung zusammen. Ein von mehreren Mitgliedern aller Fraktionen verfaßter vorliegender Entwurf wurde einer General-Discussion...

Paris, 25. März. Die National-Versammlung in Versailles trat gestern Abends 11 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Die Beratung des Antrages Arnaud de l'Arizé, über die mit Bezug auf die Pariser Ereignisse zu ergreifenden Maßregeln, ernannte Commission, konnte ihren Bericht...

Paris ist ruhig. Eine Bekanntmachung zeigt an, daß die Deputirten und Maîtres von Paris in Uebereinstimmung mit dem Comité die Wähler auf morgen zu den Municipalwahlen berufen.

Paris, 25. März. Seitdem Admiral Saissier den unter seinem Befehl stehenden Nationalgardie-Commandanten bekannt gemacht hat, daß jedem Garbisten 1 Franc und 50 Centimes täglich ausbezahlt werden sollen, wachsen seine auf dem Börsenplatze zur Vertheidigung der Ordnung...

Nachmittags um 5 Uhr war auf der Mairie des zweiten Arrondissements zwischen dem Comité-Delegirten und dem Maître die Verhandlung erfolgt und unterzeichnet, der zufolge die Communalwahlen auf Donnerstag und die Wahlen der Oberen der Nationalgardie auf den folgenden Samstag festgesetzt wurden.

Paris, 25. März. Der National meldet, der algerische Aufstand habe die größte Ausdehnung gewonnen. Er erstreckt sich von der maroccanischen bis zur tunesischen Grenze, also fast durch das ganze Land.

Paris, 25. März. Vergangene Nacht brach die Aufständischen des Stadtviertels und nahmen zuvörderst den Maître und den Obersten der Nationalgardie in Haft.

Paris, 25. März. Die Municipalität bietet der Regierung, welche aus der allgemeinen Abstimmung hervorgegangen ist, die Versicherung ihrer ergebenen Unterstützung an, sowie ihre Zustimmung zu den notwendigen Maßregeln zur Erhaltung der republikanischen Institutionen.

Paris, 25. März. Die Municipalität bietet der Regierung, welche aus der allgemeinen Abstimmung hervorgegangen ist, die Versicherung ihrer ergebenen Unterstützung an, sowie ihre Zustimmung zu den notwendigen Maßregeln zur Erhaltung der republikanischen Institutionen.

Paris, 25. März. Die Municipalität bietet der Regierung, welche aus der allgemeinen Abstimmung hervorgegangen ist, die Versicherung ihrer ergebenen Unterstützung an, sowie ihre Zustimmung zu den notwendigen Maßregeln zur Erhaltung der republikanischen Institutionen.

Paris, 25. März. Die Municipalität bietet der Regierung, welche aus der allgemeinen Abstimmung hervorgegangen ist, die Versicherung ihrer ergebenen Unterstützung an, sowie ihre Zustimmung zu den notwendigen Maßregeln zur Erhaltung der republikanischen Institutionen.

Paris, 25. März. Die Municipalität bietet der Regierung, welche aus der allgemeinen Abstimmung hervorgegangen ist, die Versicherung ihrer ergebenen Unterstützung an, sowie ihre Zustimmung zu den notwendigen Maßregeln zur Erhaltung der republikanischen Institutionen.

Paris, 25. März. Die Municipalität bietet der Regierung, welche aus der allgemeinen Abstimmung hervorgegangen ist, die Versicherung ihrer ergebenen Unterstützung an, sowie ihre Zustimmung zu den notwendigen Maßregeln zur Erhaltung der republikanischen Institutionen.

Paris, 25. März. Die Municipalität bietet der Regierung, welche aus der allgemeinen Abstimmung hervorgegangen ist, die Versicherung ihrer ergebenen Unterstützung an, sowie ihre Zustimmung zu den notwendigen Maßregeln zur Erhaltung der republikanischen Institutionen.

Paris, 25. März. Die Municipalität bietet der Regierung, welche aus der allgemeinen Abstimmung hervorgegangen ist, die Versicherung ihrer ergebenen Unterstützung an, sowie ihre Zustimmung zu den notwendigen Maßregeln zur Erhaltung der republikanischen Institutionen.

Paris, 25. März. Die Municipalität bietet der Regierung, welche aus der allgemeinen Abstimmung hervorgegangen ist, die Versicherung ihrer ergebenen Unterstützung an, sowie ihre Zustimmung zu den notwendigen Maßregeln zur Erhaltung der republikanischen Institutionen.

Paris, 25. März. Die Municipalität bietet der Regierung, welche aus der allgemeinen Abstimmung hervorgegangen ist, die Versicherung ihrer ergebenen Unterstützung an, sowie ihre Zustimmung zu den notwendigen Maßregeln zur Erhaltung der republikanischen Institutionen.

Paris, 25. März. Die Municipalität bietet der Regierung, welche aus der allgemeinen Abstimmung hervorgegangen ist, die Versicherung ihrer ergebenen Unterstützung an, sowie ihre Zustimmung zu den notwendigen Maßregeln zur Erhaltung der republikanischen Institutionen.

Paris, 25. März. Die Municipalität bietet der Regierung, welche aus der allgemeinen Abstimmung hervorgegangen ist, die Versicherung ihrer ergebenen Unterstützung an, sowie ihre Zustimmung zu den notwendigen Maßregeln zur Erhaltung der republikanischen Institutionen.

wie oben erwähnt wurde, die Vorträge unausgesetzt besucht und besonders im Freibahnzeichen hainnenwerthe Fortschritte gemacht hatte, und einige Lehrlingen.

Der selbe Schneidermeister dankte im Namen der Zuhörer für die Bemühungen der Professoren in schlichten aber aufsichtigen Worten.

Vorher auch der Gymnasial-Director, Herr Birk, in einer Anrede an die Versammlung für die Theilnahme an diesem Course dankte.

Nachdem die wenigen — theilweise — Streunenden des Lehrurses ihre schriftlichen Arbeiten und Zeichnungen vorgezeigt hatten, wurde der vom h. Unterrichtsministerium bestimmte erste Preis von 5 fl. österr. Währ. dem wackeren Schneidermeister übergeben.

Sonntag den 2. April 1871 findet das dritte Musikverein-Konzert in der Saison 1870-71 im Saale zum „römischen Kaiser“ statt.

Das Programm: „Zwischenaktmusik“ zur Oper „Manfred“ von G. Reinecke. „Nachlied“ für Chor und Orchester, op. 108 von R. Schumann.

„Schöne Mädchen“ für Chor und Orchester, op. 108 von R. Schumann. „Der Schindler“ von R. Schumann.

„Die drei Könige“ von H. Böhme. „Columbus“ für Chor, Soli und Orchester von H. Böhme.

„Die P. T. Vereinsmitglieder können ihre Eintrittskarten Samstag den 1. April von 10 bis 12 Uhr Vormittags und Sonntag den 2. von 11 bis 12 Mittags in der Musikvereinskanzlei (Baron Brokhausen'sches Palais) in Empfang nehmen.

„(Seltene.) Dieser Tage warf in Kleinschnitz eine Ziege drei Junge. Sämmtliche drei Ziegeln sind am Leben und die Mutter hat genug Milch, um das Ergebnis dieser unter den Ziegen so seltenen Fruchtbarkeit zu ernähren.

„(Romanischer Theaterfond.) Nach der „Albina“ sind für den romantischen Theaterfond außer mehreren kleineren Beträgen von den Brüdern Mosejow und Emil Sowaia 6000 fl. gespendet worden.

„(Anekdoten.) Desiderius Mito hat eine in der Demjutschen Verlagsbuchhandlung zu Klausenburg erschienene und dem als Freund von Anekdoten bekannten Franz Deaf gewidmete Anekdotensammlung in ungarischer Sprache der Öffentlichkeit übergeben.

„(Eisenbahnnachricht.) Nach einem gestern hier eingelangten Wiener Telegramm des Bundesraths Prore an den hiesigen Reichshaus, ist ein Vergleich der Dabahn-Gesellschaft mit der Bundesverwaltung in der Art zu Stande gekommen, daß die Letztere alle Materialien und Aequivalente der Gesellschaft zum Behuf des Witterbaues in eigener Regie übergibt.

„In Angelegenheit der Siebenbürger Dabahn lesen wir in der „Lagerpress“ unter Wien, 22. März: Es aller Versuche, die beim Baue der Siebenbürger Dabahn eingetretenen Schwierigkeiten zu beseitigen zu wollen, dringen doch...

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

Die ursprünglichen Concessionäre, Gebrüder Waring und Gieseler übertrugen ihre Concession an die unter der Regide der Anglobank constituirte Dabahn-Gesellschaft, und sicherten sich selbst nur die General-Baunternehmung, während die Anglobank die Capitalbeschaffung übernahm.

Als Grundlage des zwischen diesen beiden ursprünglichen Contracten eingegangenen Verhältnisses diente ein Bauvertrag, welchen Waring und Gieseler mit dem ungarischen Communications-Ministerium ursprünglich bezüglich Uebernahme des Ausbaues der Linie Grogwarden-Railburg eingegangen waren, und nach Maßgabe der Bestimmungen desselben verpflichtet sich die Gebrüder Waring als Bau-Unternehmer gegenüber der Dabahn-Gesellschaft, das ganze 80 Meilen lange Dabahn-Netz sammt...

„Es fehlte nicht an Stimmen, welche mit ziemlicher Gewißheit schon damals vorhergesagt, daß dieser Bauvertrag von den Unternehmern nicht eingehalten werden wird, und daß die Gebrüder Waring im rechten Momente das Geschäft heben lassen werden.

„Das Pauschale von 375,000 fl. per Meile war unter allen Umständen für die Terrain-Verhältnisse der Siebenbürger Bahn sehr knapp bemessen, aber ein umsichtiger, redlich arbeitender Bau-Unternehmer hätte vielleicht damit sein Auskommen gefunden; einem Waring gegenüber wäre aber sowohl die Anglobank als der Verwaltungsrath der Dabahn von Vorneherein zur Noth verpflichtet gewesen, und bei Auszahlung der auf die hergestellten Strecken entfallenden Pauschalsummen hätte jedenfalls nicht allein die Meilenzahl als Maß genommen werden sollen, sondern man hätte die Cubatur der hergestellten Erd- und Maurerarbeiten gleichfalls berücksichtigen sollen.

„Waring hat heut zu Tage gar kein Interesse mehr, die Dabahn weiter zu bauen; er hat dadurch, daß ihm die leichteste Strecke Grogwarden-Klausenburg zuerst per Meile vergütet wurde, sowie daß ihm auf seine Bestellungen für Schienen, Schwellen, Maschinen und Waggons sehr bedeutende Vortheile gewährt wurden, bereits viel größere Summen realisiert, als er überhaupt bei seinem nicht günstigen General-Actorde hätte gewinnen können, und er opfert gerne seine obnedies sehr geringe Caution um die paar Handwagen, welche ihm die Gesellschaft jetzt mit Beschlag legen will, denn er hat sein Schicksal längst im Trodenen.

„Die Dabahn-Gesellschaft kann dies leider nicht sagen, sondern sie wird im Gegentheil so manches der bereits im Trodenen geglaubten Schicksal wieder lausen lassen müssen.

„Gewisse besondere Abmachungen und Verhältnisse dürften es kaum möglich machen, Herrn Waring zur Ausführung seines Bauvertrages zu zwingen, der Mann würde sich einfach fallit erklären müssen, denn mit den noch vorhandenen liquiden Mitteln der Dabahn-Gesellschaft ist die Ausführung der noch fehlenden Arbeiten nicht möglich.

„Die Ueberführung der Wasserseiden aus dem Szamos-Thale in das Thal der Aranyos, und aus dem Kofel-Thale in jenes der Aluta sind gerade die schwierigsten Strecken der Dabahn, und erfordern durch die Geringfügigkeit des Terrains zu Ueberrückungen ziemlich kostspielige Bauten, welche noch gar nicht begonnen sind.

„Außerdem fallen dem Bauconto die Interlocal-Zinsen für jene Strecken zur Last, welche nicht zum concessionsmäßigen Termine vollendet waren.

„Diese Interlocal-Zinsen betragen für das Jahr 1871 nicht weniger als 1,396,825 fl. Die Dabahn-Gesellschaft, welcher etwas zu spät die Augen aufgehen, hat nunmehr den Ober-Inspector Lort der ungarischen Staatseisenbahnbau-Direction für ihren Dienst gewonnen und sucht nach einem Auswege; diesen Ausweg kann aber der beste Ingenieur nur finden, wenn vor Allem in das finanzielle Gebahren der Dabahn-Gesellschaft Ordnung gebracht wird.

„Die Gründer möchten es sich dabei leicht machen und der Regierung, d. h. dem Staatsschatz, die aus den bisheriger Unterlassungshünden und aus dem Rückritte der Unternehmung Waring entstehenden neuen Lasten aufbürden.

„Wenn nun auch die Nationalität des Herrn Ministers Goroze in Eisenbahnsachen ein Gelingen dieser Ablichten möglich erscheinen lassen sollte — was übrigens ungläublich erscheint — so ist aber als ganz bestimmt vorauszusetzen, daß der Finanzminister und das ungarische Parlament sich gewiß nicht zu weiteren Opfern für die Siebenbürger Dabahn bereitstellen werden, nur deshalb, damit Waring, Anglobank und etwa die Herren von der Generaldirection der Dabahn die bereits eingeleisteten Millionen ruhig genießen können.

„Es ist aber dringend nöthig, daß durch eine energische Intervention der Regierung, welche ebenso gegenüber den Concessionären als gegenüber dem Verwaltungsgarben eintreten muß, die Angelegenheit klar gestellt werde, wenn nicht die Besitzer der Dabahn-Actien und Prioritäten das trauige Los der Besitzer rumänischer Eisenbahn-Papiere gewärtigen sollen.

„(Eisenbahnnachricht.) Nach einem gestern hier eingelangten Wiener Telegramm des Bundesraths Prore an den hiesigen Reichshaus, ist ein Vergleich der Dabahn-Gesellschaft mit der Bundesverwaltung in der Art zu Stande gekommen, daß die Letztere alle Materialien und Aequivalente der Gesellschaft zum Behuf des Witterbaues in eigener Regie übergibt.

„In Angelegenheit der Siebenbürger Dabahn lesen wir in der „Lagerpress“ unter Wien, 22. März: Es aller Versuche, die beim Baue der Siebenbürger Dabahn eingetretenen Schwierigkeiten zu beseitigen zu wollen, dringen doch...

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

Local- und Tagesnachrichten.

Sonntag den 2. April 1871 findet das dritte Musikverein-Konzert in der Saison 1870-71 im Saale zum „römischen Kaiser“ statt.

Das Programm: „Zwischenaktmusik“ zur Oper „Manfred“ von G. Reinecke. „Nachlied“ für Chor und Orchester, op. 108 von R. Schumann.

„Schöne Mädchen“ für Chor und Orchester, op. 108 von R. Schumann. „Der Schindler“ von R. Schumann.

„Die drei Könige“ von H. Böhme. „Columbus“ für Chor, Soli und Orchester von H. Böhme.

„Die P. T. Vereinsmitglieder können ihre Eintrittskarten Samstag den 1. April von 10 bis 12 Uhr Vormittags und Sonntag den 2. von 11 bis 12 Mittags in der Musikvereinskanzlei (Baron Brokhausen'sches Palais) in Empfang nehmen.

„(Seltene.) Dieser Tage warf in Kleinschnitz eine Ziege drei Junge. Sämmtliche drei Ziegeln sind am Leben und die Mutter hat genug Milch, um das Ergebnis dieser unter den Ziegen so seltenen Fruchtbarkeit zu ernähren.

„(Romanischer Theaterfond.) Nach der „Albina“ sind für den romantischen Theaterfond außer mehreren kleineren Beträgen von den Brüdern Mosejow und Emil Sowaia 6000 fl. gespendet worden.

„(Anekdoten.) Desiderius Mito hat eine in der Demjutschen Verlagsbuchhandlung zu Klausenburg erschienene und dem als Freund von Anekdoten bekannten Franz Deaf gewidmete Anekdotensammlung in ungarischer Sprache der Öffentlichkeit übergeben.

„(Eisenbahnnachricht.) Nach einem gestern hier eingelangten Wiener Telegramm des Bundesraths Prore an den hiesigen Reichshaus, ist ein Vergleich der Dabahn-Gesellschaft mit der Bundesverwaltung in der Art zu Stande gekommen, daß die Letztere alle Materialien und Aequivalente der Gesellschaft zum Behuf des Witterbaues in eigener Regie übergibt.

„In Angelegenheit der Siebenbürger Dabahn lesen wir in der „Lagerpress“ unter Wien, 22. März: Es aller Versuche, die beim Baue der Siebenbürger Dabahn eingetretenen Schwierigkeiten zu beseitigen zu wollen, dringen doch...

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

„Es wäre ganz unbegrifflich, daß eine solche mißliche Lage bei einer Bahn eintreten kann, welche vom Staate mit einer Meilengarantie von 47,350 fl., sonach mit einem Anlagecapitale von 947,000 fl. per Meile dotirt ist, wenn man nicht die ganz eigenthümliche Manipulation unserer Gründungs-Corretien in Betracht ziehen möchte.

„Die in jüngster Zeit gepflogenen Erhebungen stellen die Situation des Verwaltungsabtes der Dabahn in das düsterste Licht und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Gründer und Koncessionäre ihren bereits anitzigend eingebrachten Gewinn sehr gefährdet haben, und nur noch bedacht sind, den Staatsschatz wo möglich zu neuen Opfern zu bestimmen.

Vereins-Nachricht.

Gymnasiums, 28. März. Die dem hiesigen Filiale des Beamten-Vereines angehörigen Mitglieder haben am 19. März die V. ordentliche Local-Versammlung abgehalten, welche eines zahlreichen Besuches sich erfreute.

Nach Constatirung der beschlußfähigen Anzahl wurde die Sitzung durch den Obmann Herrn Johann Süßmann, l. l. Polizei-Der-Commissär a. D. um 10 Uhr Vormittags eröffnet, die Vorlesung und Verlesung der Protokolle vom 13. März und 23. April 1870 vorgenommen und sodann zur Tagesordnung übergegangen.

Erster Punkt. Der Herr Vorsitzende begrüßt die Local-Versammlung und erstattet im Namen des Local-Ausschusses den Geschäftsbericht pro 1870 in folgendem:

„Geehrte Local-Versammlung! Abermals sind wir an dem Zeitpunkte angelangt, in welchem wir der Geschäfts-Ordnung gemäß Sie über den Stand unserer Verhältnisse in Kenntniß zu setzen und von unserem Handeln und Wirken Rechenschaft abzulegen haben; — es ist nämlich wieder ein Geschäftsjahr vorüber und zwar ein Jahr, welches in seinen Erfolgen, für unsere bescheidenen Verhältnisse ein sehr günstiges genannt zu werden verdient, so daß ich in der Lage bin im Namen des Ausschusses mit vieler Befriedigung Ihnen die erzielten Resultate berichten zu können.

„Es ist ein beruhigendes, angenehmes Bewußtsein gekehrte Local-Versammlung — seine Mühe und Arbeit nicht fruchtlos verwendet, sondern dieselben am Schlusse des Jahres mit einem Ergebnis gekrönt zu sehen, welches die tatsächliche Förderung und das Gedeihen des Vereines mit erfreulichen ziffermäßigen Beweisen klar vor Augen legt, und welches eine Zukunft in Aussicht stellt, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigt.

„In wie ferne es nun uns — dem aus ihrem Vertrauen hervorgegangenen Ausschusse gelungen ist, als executives Organ dieser Mitglieder-Gruppe zum Gedeihen des großen Ganzen unseres Vereines durch Sammlung zahlreicher Beitritts-Erklärungen zu den einzelnen Abtheilungen und durch pünktliche Verwaltung der uns anvertrauten Gelder, auch in diesem Jahre unser bescheidenes Schicksal beizutragen, den Weiterbau und die Erweiterung dieses humanitären Institutes welches in wenigen Jahren einen kaum geahnten Aufschwung genommen hat, durch unsere Mithilfe nach Kräften zu fördern und seine Grundlagen immer mehr zu

Kirche und Schule.

Karlsburg, 27. März. (D. G.) Gestern fand hierorts die Schluss-Vorlesung für Erwachsene statt. Diese Vorlesung wurde mit der Präsenz-Verpflichtung in Verbindung gebracht. Daß die Vorlesung, und überhaupt der Unterricht der Erwachsenen von einem besondern Resultate begleitet werden, ist eine wohl schon im Voraus zu bestimmende Thatsache gewesen, daß aber die Theilnahme der hiesigen Bevölkerung so geringfügig sich äußern werde, war wohl weniger vorauszusetzen. Von den etwa 48 eingeladenen Hörern erschienen ein Einziger unangekündigt, die übrigen erschienen anfangs selten und schließlich gar nicht, so, daß an den Vorträgen oft 3 bis höchstens 10 Personen theilnahmen.

„Gestern verließen theils an die Mauerer, geliebte, theils in die Häuser geschickte Ankündigungen und Einladungen die Schlußfeierlichkeit der diesjährigen Vorlesungen. Im städtischen Rathssaale waren die Gymnasial- und Normal-Lehrkräfte sämtlicher Konfessionen vertreten; etwa 12 Hörer des Russes waren erschienen; darunter ein Schneidermeister, der, wie oben erwähnt wurde, die Vorträge unausgesetzt besucht und besonders im Freibahnzeichen hainnenwerthe Fortschritte gemacht hatte, und einige Lehrlingen.

Der selbe Schneidermeister dankte im Namen der Zuhörer für die Bemühungen der Professoren in schlichten aber aufsichtigen Worten.

Vorher auch der Gymnasial-Director, Herr Birk, in einer Anrede an die Versammlung für die Theilnahme an diesem Course dankte.

Das günstige Fortschreiten dieser Abtheilung dürfte am deutlichsten aus der nachstehenden Zusammenstellung entnommen werden.

Table with 3 columns: Year (1868, 1869, 1870) and 23 rows of financial data including total number of members, assets, and liabilities.

*) pro 1870 erst im Jahre 1871 abgeführt mit 93 fl.

Aus dem Vorangeführten dürfte die geehrte Vocal-Versammlung die Ueberzeugung erlangt haben, daß die Antheils-Einlagen des Jahres 1870 im Vergleich mit den Einzahlungen des Jahres 1869 um 60% die erhaltenen Verschüsse um 100% und die eingehobenen Interessen um 47% gestiegen sind.

Die Regie-Auslagen betragen 1/10% des Geschäftsumsatzes. Verluste sind bis jetzt noch nicht vorgekommen; die Dividenden haben sich pro 1870 mit 9% dargestellt.

Der Bericht wurde von Seiten der Vocal-Versammlung dem vollen Inhalte nach zur Vorlage an den Verwaltungsrath unverändert angenommen und auch die Revisoren-Berichte vom 12. Juni 1870 und 11. März 1871 mit Befriedigung zur Kenntniß genommen und dem Vocal-Ausschusse das Absolutorium ertheilt.

Hierauf folgte die Ergänzung des Vocal-Ausschusses mittelst Ballotage und wurden drei nach dreijährigem Cycles im Sinne der Statuten ausgetretene Mitglieder wieder, und vier Mitglieder neu gewählt; demzufolge der Ausschuss sich nunmehr aus den nachstehenden Mitgliedern gestaltete:

Obmann: Herr Johann Süßmann, k. k. Polizei-Über-Commissär a. D., Ritter des k. k. österr. Franz-Josef-Ordens.

Ausführendes Mitglied: Die Herren Martin Brunsatich, evang. Stadtprediger, Obmanns-Stellvertreter; Anton v. Boecker, k. u. Finanz-Concipist; Franz Brauner, k. u. Telegraphenamt-Leiter, (neu gewählt mit 66 Stimmen); Michael Dörner, k. u. Finanz-Rath in Pension; Friedrich Groß, pen. Gerichtsbeamter, (Wiederwahl mit 65 Stimmen); Carl Herzberg, k. k. Major a. D., (Wiederwahl mit 73 Stimmen); Wilhelm Hüfnagel, städtischer Wundarzt, Besitzer des goldenen Verdienstkreuzes; Josef Kovács, k. u. Rechnungs-Rath, Decent und Prüfungs-Commissär der Staats-Rechnungswissenschaft; Ferdinand Kramer, k. u. Rechnungs-Offizial, (neugewählt mit 63 Stimmen); Wilhelm Müller, Gerichts-Sekretär, (neugewählt mit 73 Stimmen); Ernst v. Stöhr, k. u. Finanz-Sekretär; Alois Szabel, k. u. Rechnungs-Offizial, (Schiffsführer); Josef Süssich, k. k. Hauptmann im Generalstabe, (neugewählt mit 75 Stimmen); Heinrich Wächter, k. u. Finanz-Concipist.

Zu Rechnungs-Revisoren pro 1871 wurden gewählt: Die Herren Anton Weiß, k. k. Postamt-Verwalter; Gustav v. Wallasch, k. u. Rechnungs-Offizial; Heinrich Schuster, k. u. Rechnungs-Offizial.

Die Vorschuss-Consortialbeamten: Die Herren Caspary Alois Szabel, k. u. Rechnungs-Offizial; Buchführer Carl Kleinbacher, k. u. Rechnungs-Offizial.

Ausführendes Mitglied: Herr Gustav Stummer, k. u. Rechnungs-Offizial; — blieben dieselben und wurde ihnen unter gebührender Anerkennung ihrer Leistungen eine verhältnismäßige Erhöhung des jährlichen Honorars zu Theil.

Ferner wurde bei der zur Sprache gelangten Besorgung, daß durch die im Laufe des abgelaufenen Jahres im Vorschuss-Consortium besonders zahlreichen und in letzterer Zeit immer mehr zugenommenen Einlagen pr. 1000 fl., Momente eintreten dürften, in welchen Capitalien, unverwendet zum Nachtheile des Ganzen in der Kassa erliegen könnten, — beschloffen, die Maximalhöhe von 20 Einlagen auf 10 somit auf 500 fl., jedoch ohne rückwirkenden Einfluß, zu reduzieren.

Weiters erfolgte bei Vorschüssen für die Herrn aus dem Militärstande statt der bisher dieselben beschränkenden Modalität eine Erleichterung bezüglich der Sicherheitsleistung, wobei jedoch deren besondere Verpflichtung bei anormalen Zeitverhältnissen nicht außer Acht gelassen wurde.

Ein Antrag des Herrn Vinzenz Banicek, früheren Agenten und Sekretären dieses Filiales, die Hermannstädter Mitgliedergruppe bei der nächsten General-Versammlung in Wien als Bevollmächtigter vertreten zu wollen, wurde mit Freude und vielem Danke angenommen und beschloffen demselben die erforderlichen Dokumente zu übersenden.

Schließlich wurde eine mit 10 Unterschriften versehene Eingabe, worin, wegen zu besorgender Gefährdung des Consortial-Credites die Reaffirmation eines Beschlusses vom 23. April 1870 und daher eine Beschränkung des Maximums von Vorschüssen beantragt stand, — dieses Aktensstück bei dem Umstande als sich diese Besorgung bisher nicht erfüllt, vielmehr durch Reduzierung der Einlagen von 1000 fl. auf 500 fl. sich bezüglich des Credites das Gegentheil herausgestellt hat, ohne weitere Verhandlung bei Seite gelegt und sohin die Sitzung geschlossen.

Geschäfts-Bericht.

Per annum ab 28. März. Die Verlebens-Verhältnisse am hiesigen Plage haben sich seit unserem letzten Berichte im Allgemeinen nicht verändert. Die Winterung ist ausgefallen; der Sommerbau schreitet günstig vorwärts. Die Zufuhr mit allen Sorten von Getreide bleibt anhaltend sehr gut, und zutriebsvollend. Holz und Brennstoff in Körnern lebhaft, Weizen und Kornpreise haben ziemlich bedeutend nachgegeben, stehen jedoch be-

deftigen, welche es möglich machen, theils Einzelnen in ihrer Nothlage mit Geldverleihen hilfreich beizustehen, theils für das Wohl und die Zukunft unserer Angehörigen zu sorgen, welche aus der untenstehenden ziffermäßigen Darstellung genügt entnommen werden.

Nach erlaube ich mir anzuführen, daß Viele, untesres in den letzten Jahren, leider hier zusammengeschmolzenen Beamtenkreises, welche noch nicht zu unserem Verbands gehören, in richtiger Würdigung ihrer aufstrebenden Verdienste, für ihre möglicherweise in den dürftigsten Umständen zurückbleibenden Familienmitglieder, nach Thunlichkeit zu sorgen, im Laufe dieses Jahres dem Vereine auch beigetreten sind und nur sehr wenige noch erübrigen, welche, wie ich glaube die Hoffnung aussprechen zu dürfen, demselben gewiß nur noch für kurze Zeit fern bleiben werden?!

Die ethischen Grundgeden, worauf der Vou des Vereines ruhet sind aber auch jedem zu einleuchtend und finden daher in immer weiteren Kreisen Verbreitung, wodurch es nicht fehlen kann, daß der Verein bei allen Ständen der Bevölkerung immer mehr Vertrauen erweckt und durch seine wohlthätigen Folgen nach allen Richtungen hin sich Bahn bricht.

Gedrängt und verpflichtet fühle ich mich hiebei der abermaligen großen Vereinte des Verwaltungs-Rathes und der Central-Veitung in Wien Erwähnung zu thun, deren unermüdete Thätigkeit und ununterbrochenes Streben nach Verbesserungen auch während dieses Jahres, durch Einführung mehrerer neuer zeitgemäßer Einrichtungen, wiederum schöne Beweise ihrer eelen, dem Wohle der Mitglieder gewidmeten Wirkung zu Tage gefördert haben, und welche kurz anzuführen ich mir hiermit erlaube:

Zunächst war gerade dem Stande, dessen Leben in anormalen Zeitverhältnissen am meisten bedroht ist, der jeden Augenblick bereit sein muß, dem Kaufe seines Obersten Kriegsherrn, zum Schutze des Vaterlandes, — zu unserm Schutze, — Folge zu leisten, die Verfertigung seiner Angehörigen durch den Eintritt in einzelne Abtheilungen namentlich in die der Lebensversicherung, sehr erschwert, ja in gewissen Zeiten ganz unmöglich.

Dieser Beschränkung, ich möchte sagen, diesem Uebelstande, ist durch die weiße Vorjorge des Verwaltungs-Rathes abgeholfen worden, — durch eine mäßige Erhöhung der Prämien, welche jedoch nur für die Zeit der Kriegsdauer eingehoben wird und in normalen Zeitverhältnissen wieder entfällt, können nunmehr Offiziere nicht nur an der Lebensversicherung, sondern an den Beneficien aller Abtheilungen unserer Anstalt ungehindert, gleich allen übrigen nicht militärischen Mitgliedern, theilnehmen!

Ein weiteres Zeichen der Thätigkeit des Verwaltungs-Rathes ist auch die, seit 1869 zwar bestehende, aber erst im Laufe dieses Jahres, mehr bekannt gewordene, bei allerhöchster Sr. apostolischen Majestät unserm allergnädigsten Kaiser und König erwirkte Gnadenbewilligung, vermöge welcher Offiziere, Parteien und Militärbeamte, ohne Cautions-Erlag, welche gegen eine der Cautions gleichstehende in unserem Vereine abgeschlossene Lebensversicherung oder Rente von wenigstens 400 fl. beizahlen dürfen!

Noch weiter und zwar besonders erlaube ich mir auf die erst jüngst ins Leben gerufene Invaliden-Pension, die geehrte Vocal-Versammlung aufmerksam zu machen, wodurch den Mitgliedern jeden Standes bis zum Alter von 50 Jahren die Gelegenheit geboten wird, mit verhältnismäßig geringen Opfern, sich bei eintretender Erwerbsunfähigkeit, eine nicht unbedeutende Pension zu sichern.

Diese neuen Einrichtungen sind Thatfachen, die zu Gunsten des Allgemeinen nur zu sehr sprechen und die wahrhaft edlen und humanen Intentionen nicht verneinen lassen; ich glaube daher nur dem Gefühle der ganzen geehrten Vocal-Versammlung Ausdruck zu geben, wenn ich bei dieser Veranlassung die Gelegenheit ergreife um den hoch und viel verehrten Verwaltungs-Rath und der Central-Veitung in Wien unsern aufrichtigen und tiefgefühlten Dank hiermit auszusprechen!

Doch wir wollen wieder auf unser eigenes Gebahren zurückkehren und auf die ziffermäßige Darstellung der Resultate in den einzelnen Abtheilungen übergehen, welche Sie geehrte Herren in Nachstehenden zur geneigten Kenntniß nehmen wollen:

A. Allgemeiner Theil.

Im Laufe des Jahres 1870 wurden zwei Vocalversammlungen und 16 Ausschusssitzungen abgehalten.

Der Einlauf an Geschäftsstücken war im Jahre 1868 502, 1869 1089 und 1870 1523.

Als Mitglieder sind der Hermannstädter Filiale im Jahre 1870 84 Personen beigetreten.

Die Filiale zählte mit Ende des Jahres 1870 320 Mitglieder.

Im Namen der Hermannstädter Filiale bestanden mit Ende des Jahres 1870 16 Agenturen, nämlich in Hermannstadt, Großschenk, Neumarkt, Sz. Heges, Fogarasz, A. Ewied, A. Bafarkely, Déva, M. Bafarkely, Mediasch, Djez, Jakobsdorf, Blafendorf, Nepz, Schäßburg und Karlsburg.

B. Kranken-Abtheilung.

Zu dieser Abtheilung des Vereines lassen sich leider auch für das Jahr 1870 keine günstigen Resultate nachweisen.

Es bestanden mit Ende des Jahres 1870 bloß 11 Verträge in Kraft.

C. Lebens-Versicherungs-Abtheilung.

Das Resultat der Gebahrung dieser Abtheilung hat sich in diesem Jahre besonders günstig gestaltet, wie aus dem nachfolgenden Tableau zu ersehen ist.

Table with 5 columns: Year, Anzahl der Anträge für Capital, Renten, Capital, Renten. It is divided into 'Versicherungen' and 'Abgewiesen' sections.

Die gesammte Anzahl der mit Ende December 1870 in Kraft gestandenen Verträge beträgt 511 mit fl. 357.700 Capital und fl. 500 Renten.

Im Jahre 1870 sind 11 Todesfälle mit 6359 Capital und 100 Witwen-Pensionen vorgekommen.

Nicht minder hat

D. die Vorschuss-Abtheilung

auch im Laufe des Jahres 1870 nicht unbedeutende Fortschritte gemacht und ihre Existenz wesentlich befestigt.

Die Activa des Consortiums bestehen:

- a) in Forderung an Vorschüssen pr. 28.227 fl. 99 fr.
b) im schließlichen Cassareite pr. 2122 fl. 80 fr.
Zusammen . 30.350 fl. 79 fr.

Entgegen die Passiva

- a) in aufgenommenen Darlehen 5693 fl. — fr.
b) in Antheil Einlagen 24.196 fl. 13 fr.
c) im Special-Reservefond 444 fl. 64 fr.
d) in Prämien für Lebens-Versicherungen 17 fl. 2 fr.
Zusammen . 30.350 fl. 79 fr.

molen etwas fest, Kukuruz und Safer jedoch, hält sich noch immer im Preise, ohne erheblichen Rückgang. Die Mischwerke sind fortwährend gut beschäftigt, Export kleiner, Weizen-Einfuhr nicht bedeutend, und bei hohen Preisen; Fleischherten und Fettwaren anhaltend sehr theuer, besonders nur etwas schones Lammfleisch bis 1 fl. und darüber ein Viertel.

Vom 1. April tritt in loco die freie Concurrenz auch für Rindfleisch im Leben, und die Ausschreibung ist Zeherman bei angebotenen Preisen, und nach vorgegangener Sanitäts-Controle gefastet, das Resultat ist abnorman.

Witterung heitere schöne Tage, aber die Nächte noch entsprechend kühl; — demungeachtet die Vegetation stark vorwärts.

Beim Schutze des Marktertrages blieben viel schwächere Weizenarten, dann Safer und Kukuruz, wegen Festhalten an die hohen Preise unverschrieben, und wurden nicht an Mann gebracht, denn wie gesagt, das Herabgehen ist noch immer nicht im Sinne unserer Produzenten; — aber im Kukuruz müßten sie heute endlich doch nachgeben.

Wiens fl. 4.90—5.20, Galbrucht fl. 4.—4.40, Korn fl. 4.—4.30, Hafer fl. 1.96—2, Kukuruz fl. 4.40—4.60, Hülsen 4.—4.0 per Mogen.

Wahrscheinlich wegen dem Beginn der Herbstarbeiten waren Weizen und Weizen heute geringer als sonst zugeführt. Der Bedarf wurde insofern doch gedeckt, ohne eine erhebliche Veränderung im Preise zu bewirken. Weizen wurde aus Kaulenburg zur Speculation am hiesigen Plage zugeführt. Safer und Weizen haben lebhaftes Geschäft und geben selbst zu hohen Preisen reich vom Plage. Fleischherten und Fettwaren behaupten ihren früheren Stand. Nur Brundholz ist billiger geworden und zwar so, daß man für eine Klafter nicht mehr als fl. 6.50.—7 zahlt. Einem hoch sind die Preise der Futtermittel an unserem Plage. Wir haben heute Gersten, welche kaum mehr als 2/, Zentner an Netto-Gewicht hatten, mit fl. 8.—10 verlaufen. Den höchsten Erfolg zeigt man mit 35.—40 fl. — Weizen dem von ist die Weizen-Kraie am geschäftigsten. Es, wenn die feinen Weizen einen so reichlichen Absatz als die Kleien hätten, dann könnten die Kaufmännern beträchtlichen allenhalten, ja das Ziel der Safer und Weizen jenseits des Zureich-Berges berechnen sogar zu den schönsten Hoffnungen. Seit acht Tagen hat man nun auch mit der Befüllung der Mischwerke begonnen, aber nicht in der Ebene, da diese wohl immer ihre Weizen-Kraie hat. Die Weizenkörner haben den Winter glücklich überstanden: weder Frost, noch Fäulnis-Schäden sind vorgefallen. Wie es unsern Weizenfrüchten ergegangen ist, werden wir später erfahren wenn das Pflügen und Anbinden derselben begonnen hat.

Die Witterung war vornehmlich trocken und angenehm, nur zuweilen traten heilige und ziemlich kalte Nord- und Nord-Ost-Winde ein, die dann bis drei Tage anhielten.

Unser benachbartes Heidenort wird in kurzer Zeit außer seinem „Steiniger-Raum“ noch einen zweiten — wegen der großartigen Ziegelfabrik — erhalten, welche ein hiesiger Bürger in Gesellschaft mit einem Wiener Kaufmann dort zu bauen begonnen hat. Das Unternehmen ist ein ziemlich großartiges und es sollen sich an diesem noch eine Schneemühle und Holzwerkerei im Laufe der Zeit anschließen. Dem Unternehmen nach, soll die Ziegel-Mühle aus Ost-Preußen gebracht werden und so constructirt sein, daß sie den Thon selbst faceret und zu beliebigem Ziegeln formen kann. Und all diese Arbeit soll durch die Kraft eines großen Wasserfalls bemittelbar werden. — Wir bringen den Unternehmern ein freundliches „Glückauf!“ entgegen.

Offener Sprechsaal.*) Erklärung.

In Folge einer Uebereinkunft erkläre ich rückfichtlich der in Nr. 45 dieser Zeitung erschienenen Korrespondenz:

Der dafelbst befindliche Passus: „Die politische Kommission wollte über die Leichfischer Erklärung zur Tagesordnung übergehen, weil das provisorische Regulativ legal sei, die Bewohner der Stühle Szeliste, Talmesch und die 7 Dörfer legal mit dem Sachselande verbunden seien, dieselben mithin auch am Nationalvermögen Theil hätten“

kann schon aus dem Grunde nicht wörtliches Zitat sein, weil die Anführungszeichen abgehen. Es lautet der Kommissionsbericht: „so erlaubt sich die gefertigte Kommission ihre Ansicht dahin auszusprechen, daß diese wohlwollende sächsische Nationsuniverfität zur Verhandlung und Beschlußfassung in allen der Kompetenz der sächsischen Nationsuniverfität zukommenden Angelegenheiten und namentlich auch in allen das sächsische Nationalvermögen betreffenden Fragen nicht nur gesetzlich berechtigt, sondern auch verpflichtet ist.“

Indem ich dieses wörtlich anführe und damit genau bezeichne, daß das, was Felgerung war, als Motiv angeführt war, erkläre ich schließlich, daß ich in Folge dieser Uebereinkunft die in Nr. 53 dieser Zeitung angeführte gerichtliche Anklage gegen die Herren Wächter, Dr. Binder und Dr. Rein zurückgezogen habe, — und daß es sich mit den Reden dieser Herren, wie sie in Nr. 46 dieser Zeitung anführten, verhält. Hermannstadt, den 29. März 1871.

Dr. Rudolf Theil.

Mediasch, 27. März. Als ich in Nr. 24 der „Sieben. Blätter“ den aus Mediasch vom 23. d. M. datirten Original-Correspondenz-Artikel gelesen (von dem sogar die Redaktion bemerkt, daß er etwas „starkes Laub“ enthalte), wurde ich unwillkürlich an einen „Volkswann“ erinnert, der in einer vorjährigen Nummer dieser „H. v. S.“ als aus dem Geschlechte der „Mendoren“ stammend, so trefflich geschilbert wurde. Zu dieser Zeitverbindung mag unfernrecht die dem Artikel vorgelegte G. H. v. S. beigetragen haben, in welcher ich die Gestalt gewisser Extrimitäten erblicke, die einem Spreffen jenes ruhmrührenden Geschlechts eigenenthümlich sind. Denkt man sich nun vor dem n. noch zwei und hinter bemerken noch drei Buchstaben, so hat man den ganzen Namen des Verfassers: — Doch halt! bald hätte ich falsch buchstabirt; es kann nur der Name m-e-n-d-a-z sein. Dieser Pseudonym des Verfassers jenes Artikels in d. n. „Sieben. Blättern“ entspricht auch vollständig dem Inhalte desselben. Solche dumme dreiste Lügen kann nur ein Mendor weberschreiben, der im Schmerze über den verdienten Verlust einer einst erschwindelten Popularität, ohne irgend eine politische und sittliche Ueberzeugung, zum verzweifeltsten Anschlus an den Schatten einer Partei sich hingebende fühlt, welche aus den national-sindlichen Bestrebungen eines fremden Emigrirten ihre kümmerliche Nahrung noch zu ziehen sucht. Das Analoge Geschwätz von einem „eigentlichen Commando“, von einem „übergroßen Jarggefühl“ u. s. w. will ich nicht weiter beachtlichen. Dagegen konstatire ich, daß die Worte, welche Schafschend in seiner kurzen Candidaturrede sprach: „er werde unter allen Umständen und Verhältnissen nicht wanken, denn er sei ein treuer Sohn seines Volkes“, der Correspondent der „Sieben. Blätter“ nach seiner Weise malitios verdreht hat. Da der Protest Popa's und Genossen gegen die Wahl wohlberechtigt sei, wird sich erweisen und auch an anderer Stelle noch später beurtheilt werden.

Eine Unwahrheit ist es ferner, daß die Stuhlsversammlung vom 22. d. M. über Obere's Antrag beschloffen habe, gegen das Opreat der Majorität in der Municipalangelegenheit sich zu verhalten; daß von diesem Antrage auf der Tagesordnung keine Rede gewesen, ist eine Behauptung, die ebenso von der Mendor-Natur, als auch von der Unwissenheit des Berichterstatters Zeugniß gibt.

Ueber den „letzten Narrenreich der Kreisvertretung“ wird Herr x-n vielleicht längere Zeit nachzudenken die, vielleicht nicht sehr willkommene Gelegenheit erhalten und dürften auch die „Sieben. Blätter“ den durch des starken Labals ihres Correspondenten lange in der Nase gehalten

*) Für das unter dieser Rubrik Enthaltene übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit

Telegr. Wiener Cours vom 28. März 1871.

Table with 2 columns: Item (e.g., 5% Metalliques, 5% National-Anlehen) and Price.

Siezu eine Beilage.

Sz. 6969 95

A nagy-számvevőszal sen egy gyako gelypenzel, il Pályáznit eddigi alkalmi gymnasiumi o credenényi o nyelv tökélete felszerelt kény megjelenésű alatt ezen kirab Nagy-Sz

Am 5. M. Minnendoligatio Iloamiga. Iud

Dem Dun von Anspriehen in Bam, Capusm



Die Einrichtung Die Summe derungen und wird

Bank-Zahlungen

Bank-Siezu eine Beilage.

Erledigung.

Sz. 6969/95 1871.

3-3

Pályázat.

A nagy-szebeni m. k. Pénzügy-Igazgatóság számvevőszálya... Pályázni kívánok felhívni, hogy korukat és eddigi alkalmzatásukat, nem különben a felső-gymnasiumi osztályoknak vagy főrel-iskolának jó eredménnyel végzését...

Aemtlige Verlautbarungen.

Victation.

Am 5. April d. J. beim Districts-Offiziate in Nafab... Aufforderungen.

Vom Gungader Comitatsgerichte in Déva zur Anmeldung von Anträgen bis 5. April d. J. auf die dem Joh. Subjaja...

Vom Oberbaer Comitatsgericht zur Anmeldung von Anträgen bis 8. April d. J. auf die dem Grafen Nikol. Dorocey... Vom Kärntner Comitatsgericht zur Anmeldung von Anträgen auf die dem Franz Jeldner in Ramos-Gaisfala...

Fremden-Liste. Angekommen am 28. März. Römischer Kaiser. Refella Orgiban, Privatierwitwe; Fabel Kronjobn, Kaufmann, von Kronstadt... Ungarische Krone. Kross, f. l. Oberleutnant, Johann Lehrer, Contitor; Johann Wank, Getreider, von Kronstadt...

Aus dem Musikverein.

Donnerstag den 30. März, Abends 6 Uhr, findet die Prüfung der Chorgesang-Schülerinnen im Locale des Vereines (Bruckenthal'sches Palais, 2. Hof, 1. Stoc) statt. Die Anmeldungen von Schülerinnen für den nächsten Kurs werden Montag den 3. April, von 5 Uhr an, vom Musikdirector des Vereines, Hrn. H. Bönicke, im Musikvereins-Local entgegennehmen.

Ein Lebensversicherungs-Aquisiteur für das siebenbürgische Sachsenland findet fixe Anstellung bei der Versicherungs-Gesellschaft „Victoria.“ Entlohnung hoher fixer Gehalt und Provision. Caution oder Gutstehung wird gefordert. Nur bereits in diesem Fache Verwendete können reflectiren und sind diesfalls Zeugnisse beizubringen. Offerte wollen gerichtet werden an die General-Agentur der „Victoria“ in Klausenburg.

SUBSCRIPTIONS-EINLADUNG. Von den das Actien-Capital der Orlather Actien-Bräuerei in Hermannstadt bildenden 1000 Stück Actien (S. 6 Stat.) gelangen nur 500 Stück Actien zur öffentlichen Subscription. Jede Actie der Orlather Actien-Bräuerei in Hermannstadt lautet auf fl. 200 S. W. und wird mit 50 Procent eingezahlt. Bei dem Umfange, als das Bräuhaus zu Orlath bereits seit dem Jahre 1791, d. i. über 80 Jahre im Betriebe steht und gegenwärtig allen Anforderungen, die an einen rationellen Betrieb dieses industriellen Unternehmens geknüpft sind, sowie dem Zugehören der Bräuereien in und außer Landes in der Lage ist, so bieten diese Actien ihren Besitzern eine stabile gute Rente, daher das gefertigte Gründer-Consortium zu dieser Subscription die herzlichste Einladung ergehen läßt.

Die Sparsamkeit ist die Grundlage des Reichthums. Diese Behauptung ist eine sehr richtige und hat sich dieselbe noch überall bewährt. Um nun dem geehrten Publikum die Mittel zu bieten, sowohl das ersparte Geld zinstragend anzulegen, als auch die Würfel des Glückes versuchen zu können, habe ich die Einrichtung getroffen, daß die monatlichen Zahlungen der bei mir auf Raten angekauften Lose vom Tage der Einlage bis zur Entgegennahme des Loses, von mir mit 5% verzinst werden. Die Summe der Zinsen kann auch nach Belieben zur Zahlung der letzten Raten verwendet werden. Bei Schaffung dieser neuen Aera des Vermögensbaues war ich nur von dem Beweggrund geleitet, den Zufall mit der Berechnung in Einklang zu bringen, den Anforderungen der Zeit so wie dem allgemeinen Bedürfnisse Rechnung zu tragen. Jeder erhält seine ersparten Gelder mit den landesüblichen Interessen verzinst, und wird ihm gleichzeitig die Möglichkeit geboten, sein dauerndes Glück durch den Gewinn eines Loses zu begründen. Mein Streben ist demnach nur, meine P. T. Committenten alle erdenklichen Vortheile, welche das Sparkassa- und Ratengeschäft in sich vereinen, genießen zu lassen. Zum Ankauf von Lose auf Raten empfehle ich: 1. Credit-Lose 2. 1854. Staats-Lose 3. 1860. Staats-Lose 4. 1864. Staats-Lose 5. Donau-Dampfschiff-Lose 6. 1839. Rothschild-Lose 7. Triester-Lose 8. K. ungarische Prämien-Lose 9. Russische 100 Rubel-Lose 10. Türken-Lose Die Höhe der Raten will ich meinen P. T. Committenten nicht vorschreiben, und überlasse ich es ihrem eigenen Gutdünken, dieselben nach Wunsch in größeren oder kleineren Zahlungen zu leisten. Von 5 bis 30 Gulden monatlich können Lose auf Raten bei mir bezogen werden. Ziehungslisten, Verlosungskalender, Programme viefende ich gratis. — Aufträge aus der Provinz gegen Nachnahme werden sofort ausgeführt.

Bank- und Wechsler-Geschäft ADOLF WEISS, Pest, 2 Adlergasse 10, Eingang Zrinyigasse.

Vertical text on the left margin, including dates like '29. März 1871' and various small notices.

